











## 1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend
<b>Koalition</b> (CDU, CSU, SPD)	Der Brexit bindet derzeit Ressourcen und Aufmerksamkeit. Ob die (europaweite) Unzufriedenheit der Bürger sich auf Regulierungsverhalten niederschlagen, ist derzeit nicht erkennbar. Das BMEL sendet <b>inkohärente Signale</b> an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Gegenüber <b>der Öffentlichkeit wird der Regelungsbedarf betont (Jugendschutz), der Wirtschaft wird die Berücksichtigung ihrer Belange versichert</b> . Und auch das europäische Vorsorgeprinzip wird in (Europas/Deutschlands) Politik und Verwaltung unterschiedlich gehandhabt. Ferner <b>vertagten die Bundestag und -rat die Befassung</b> mit anstehenden Regulierungen ohne offizielle Begründung auf die Zeit nach der Sommerpause. Ob damit eine sich in ersten Anzeichen <b>andeutende Kontroverse in der Unionsfraktion</b> zusammenhängt ist bislang offen.	
<b>Opposition</b> (B90/Die Grünen, Die Linke)	Die Unterstützung durch Grüne und Linke bleibt weiterhin aus. Diese plädieren vielmehr für die Liberalisierung der Cannabispolitik, was sich zumindest indirekt für die E-Zigarette nutzen ließe. Die wachsende Unzufriedenheit mit ins Privatleben eingreifenden Regelungen (Brexit!) scheint bislang die Parteien nicht zu aktivieren.	
<b>Bundesrat, Bundesländer</b>	Die Länder sind <b>weiterhin zurückhaltend</b> mit Aussagen zur E-Zigarette. <b>Aber Negativ-Trend:</b> NRW-Gesundheitsministerin Steffens warnte derweil öffentlich vor der E-Zigarette.	
<b>Verwaltung</b>	Die Verwaltung rechnet mit einem Aufschwung der E-Zigarette. Sie arbeitet weiter geräuschlos an den nächsten Regulierungsschritten. Das BMEL ließ erkennen, dass es <b>zu strikten Regelungen skeptisch</b> ggü. steht. Diese <b>Aussagen</b> werden jedoch durch das Handeln der letzten Monate <b>relativiert</b> und sind wohl auch dem Kontext (Rede auf Branchentreffen) geschuldet. Das Ministerium verweist nun auf <b>Handlungszwang durch die EU</b> . Eine wahrliche Abkehr wäre die Änderung vorliegender Entwürfe.	
<b>Fachcommunity</b>	<b>Ausgleich:</b> Die Fachcommunity liefert im Beobachtungszeitraum Befürwortern und Gegnern weitere Argumente. <b>Aber Negativ-Trend:</b> Durch den Brexit fällt ein wichtiger Fürsprecher der E-Zigarette auch europäischer Ebene weg. UK galt als einer der wenigen aktiven Unterstützer in der EU, der sich für gangbare, pragmatische Lösungen einsetzte.	
<b>Legende</b> Tendenzen in Relation zu den Zielen des BfTG.	Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral  Negativ  Sehr negativ (Krise) 	

## 2. Meldungen

### 2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Datum: 16.06.2016 , 10.06.2016

**Meldung:** Das BMEL war mit Martin Köhler, Leiter Unterabteilung 22 „Innovation und Produktsicherheit“ auf der BTWE-Tagung Anfang Juni vertreten. Köhler äußerte sich zur E-Zigarette, die ihm zufolge einen „Riesen-Aufschwung“ nehmen werde. Köhler ließ erkennen, dass das BMEL eine **eins zu eins-Umsetzung der EUTPD2 nicht mehr wolle**. Die Wirt-

schaft solle **nicht unnötig belastet** werden, jedoch müsse man sich dem europäischen Ziel einer Reduzierung der Raucherquote um 2% beugen. Das BMEL werde eine **praktische Umsetzung** der Richtlinie verfolgen, was von Teilnehmern bezweifelt wurde. Andreas Thoma (Head of Marketing BAT) erwartet keine negativen Folgen durch EUTPD2 und PMI's Director Sales Axel Schwenn kündigte neue Produkte samt breiter B2B- und B2C-Kommunikation an. Fast gleichzeitig verlautbarte der Tabakpflanzenproduzent [22nd Century Group](#) einen weiteren Schritt zur Risikominimierung bei Tabak an.

Der Watchdog Forum Rauchfrei hat öffentlich Beschwerde bei Bundesminister Christian Schmidt (CSU, MdB) zu Köhlers Auftritt eingereicht. Forum Rauchfrei moniert, das mit den Aussagen Werbung für ein Produkt gemacht werde „[...]“, das von vielen Experten als **gefährliche Einstiegsdroge** bezeichnet wird“. Zudem verweist die NGO auf die strikten Kontaktregeln zwischen Tabakwirtschaft und Administration nach Art. 5.3 FCTC.

Derweil versuchen Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (MdB, CSU), Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (MdB, CDU) und Bundesdrogenbeauftragte Mortler (MdB, CSU) die Bundestagsfraktionen von Union und SPD mit einem Brief zu besänftigen. Demzufolge wolle man wirtschaftliche Interessen berücksichtigen, jedoch werden gleichzeitig Argumente gegen die E-Zigarette angeführt (Gateway Effekt, Jugendschutz, FCTC u.a.).

In diesem Kontext zeichnen sich aktuell erste Hinweise auf eine **Meinungsverschiedenheit in der Unionsfraktion** ab: So soll eine Gruppe Abgeordneter einer weiteren Behandlung des Issues und Regulierungen skeptisch gegenüberstehen, während eine andere Gruppe neue Regelungen nicht ausschließen möchte. Ersten Anzeichen nach sind der regulierungsskeptische Fraktionsvorsitzender Volker Kauder und Michael Grosse-Brömer (parlamentarischer Geschäftsführer) sowie die Fraktionsvize Gitta Connemann Akteure der innerfraktionellen Debatte. Dem Büro Connemann zufolge soll die Streichung der Befassung mit E-Zigaretten im Bundestag (siehe 2.3) nichts mit der Unstimmigkeit zu tun haben.

**Einordnung/Empfehlung:** Tatsächlicher **Meinungsumschwung fraglich:** Das BMEL sendet zweideutige Signale. Härte auf der einen (Jugendschutz, umfassende Regulierung über die EUTPD2 hinaus), auf der anderen Seite wird nun ein versöhnlicher Kurs gegenüber der Tabakbranche eingeschlagen. Dazu kommt der Verweis auf den Handlungszwang durch Brüssel – was auch als Ablenkung vom eigenen Kurs interpretiert werden kann. Das BMEL folgt hergebrachten **politischen Ritualen von Annäherung und Beschwichtigung nach einer Regulierungswelle**. Eine **Abkehr von der EUTPD2 ist unwahrscheinlich**. Insbesondere im Kontext des Brexit, wäre dies ein Signal zur Schwächung der EU – und quasi ein Zugeständnis zu deren Unzulänglichkeiten.

**Hintergrund:** Während Bundesminister Schmidt wie seine Kollegen im Zuge der Tabak- und E-Zigarettenregulierung letztlich dem europäischen Vorsorgeprinzip das Wort redet, [spricht er sich](#) im Kontext des europäisch-kanadischen Freihandelsabkommens CETA für das wirtschaftsfreundlichere Prinzip der „wissenschaftlich basierten Zulassung“ aus. Schmidt soll das Vorsorgeprinzip als „zu politisierend“ einstufen. Dieser Widerspruch bietet einen Ansatzpunkt für weitere Hintergrundgespräche.

Die Anzeichen auf eine Debatte über die Intensität der Regulierung konnten bislang nicht erhärtet werden. Sie sind jedoch ein Indiz dafür, dass Unionsabgeordnete einer überbordenden Regelung von Produkten, Verhaltensweisen nicht mehr ohne weiteres gutheißen wollen. Wie stark sich diese Positionierung entwickeln wird, ist noch nicht absehbar. Wie empfehlen daher den Kontakt zur CDU/CSU sowie der JU weiter zu entwickeln (siehe dazu auch 2.3).

**Quelle:** [forum-rauchfrei.de](#) (Brief an BMEL), [forum-rauchfrei.de](#) (Scan Tabakzeitung)

## **2.2. Bundestag**

**Datum:** 25.06.2016

**Meldung:** Zum Weltdrogentag sprachen sich die suchtpolitischen Sprecher von SPD (Burkhard Blienert, MdB) und Die Linke (Frank Tempel, MdB) erneut für eine Lockerung der Cannabispolitik aus. „Die deutsche Verbotspolitik z. B. in Bezug auf Cannabis ist definitiv der falsche Ansatz, um den Konsum dieses Suchtmittels zu minimieren“, so Blienert.

**Einordnung/Empfehlung:** Wieder einmal wird mit derlei Forderungen der Harm Reduction-Ansatz indirekt angesprochen. Jedoch lässt die derzeitige Regierungskoalition keine Änderungen zu. Zudem wäre die Zustimmung des Bundesrates ungewiss. Das Heranziehen dieses Beispiels zugunsten der E-Zigarette wird in der Union Skepsis hervorrufen – zumindest so lange in CDU/CSU kein Trend zum Richtungswechsel erkennbar ist.

Wir stehen zudem in Verbindung mit Frank Tempel, der offen für ein Gespräch im Juli und die Bereitschaft für eine eventuelle Kleine Anfrage im Bundestag erkennen lässt.

**Quelle:** [burkhard-blienert.de](http://burkhard-blienert.de) , [linksfraktion.de](http://linksfraktion.de) , Hintergrundgespräch

## **2.3. Bundesrat und Bundesländer**

**Datum:** 28.06.2016

**Meldung:** Nordrhein-Westfalens Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Bündnis 90/Die Grünen) hat davor gewarnt, E-Zigaretten zu verharmlosen. „Von vielen Jugendlichen, aber auch von Eltern werden die gesundheitlichen Gefahren von E-Zigaretten und E-Shishas völlig unterschätzt“, so Steffens bei der Eröffnung der BZgA-Jugendfilmtage.

Anders als geplant wird die laufende E-Zigarettenregulierung (ÄndG TabakerzG, 2. ÄndV TabakerzV) **nicht mehr vor der Sommerpause in Bundestag und Bundesrat behandelt**. Damit wird sich die für September anvisierte Anhörung verzögern. Vorteil: In diese Zeit fallen die Publikationen von Prof. Stöver und Prof. Reimer, die nun Wirkung während des Gesetzgebungsprozesses entfalten können.

**Einordnung/Empfehlung:** Steffens ist bekennende E-Zigarettengegnerin und setzte sich in der Vergangenheit für striktere Regeln ein. Ihr Statement zeigt: Die E-Zigarette ist auch auf Landesebene unter Beobachtung. Die Länder sind z.B. für den Nichtraucherchutz zuständig. Aufgrund der laufenden Regulierungsprozesse und eher geringen Unterstützung in den Parlamenten bauen wir derzeit weitere Kontakte zur Jungen Union Niedersachsen, NRW und zum JU Bundesverband auf. Sie sind an Gesprächen auf Leitungsebene über etwaige Kooperationen bereit. Ziel: Über die JU junge (Wirtschafts-)Politiker ansprechen und sie für die Belange der E-Zigarette sensibilisieren und aktivieren.

Wir empfehlen die Gesprächsbereitschaft aufzugreifen und wenn möglich am Deutschlandtag 2016 in Paderborn teilzunehmen bzw. eine kleine Gesprächsveranstaltung in Berlin zu initiieren. Darüber fand bereits ein Gespräch mit dem Landesgeschäftsführer der JU NRW statt, der unter anderem ein Sponsoring des VIP-Empfangs vorschlug.

**Quelle:** Hintergrundgespräche , [borkenerzeitung.de](http://borkenerzeitung.de) , [wdr.de](http://wdr.de) , [ksta.de](http://ksta.de)

### 2.4. Europa, EU und EU-Staaten

**Datum:** 23.06.2016

**Meldung:** Die britische Bevölkerung hat sich in einem Referendum für den Austritt aus der EU entschieden. Der reguläre Austrittsprozess nach [Art. 50 des Lissabon-Vertrages](#) dauert 2 Jahre, kann jedoch auch verlängert werden. In dieser Zeit verhandeln die EU-Staaten und Großbritannien ihre politischen und wirtschaftlichen Verbindungen neu. Der Austritt kann auch Konsequenzen für die E-Zigarette in der EU haben. Das volle Ausmaß ist derzeit noch nicht absehbar. Beispiele für mögliche Szenarien mit Bezug zur E-Zigarette:

- Großbritanniens liberale Stimme bzgl. der E-Zigarette wird in der EU mit sofortiger Wirkung nicht mehr Gehör finden. Britische Beispiele für Regulierung und Handhabung mit Augenmaß verlieren an Gewicht. Jedoch kann UK bis zum Austritt seine Rechte als EU-Staat – z.B. beim Notifizierungsverfahren (s.u.) – weiterhin voll ausschöpfen.
- Die Verhandlungen zwischen EU und Großbritannien werden Ressourcen binden und die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Das kann dazu führen, dass a) Kritiker weitere Regulierungen unter EUTPD2 unter der Aufmerksamkeitsschwelle vorangetrieben werden (möglich), b) die EU-Kommission es beim Status Quo belässt und einzelne EU-Staaten nationale Ergänzungen vornehmen (möglich), c) EU-Kommission und Mitgliedsstaaten sich auf ein Einfrieren des Status Quo in weiten Feldern von Regulierungsbereichen einigen, um den Brexit zu bewältigen (eher unwahrscheinlich), d) im Worst Case nimmt die EU die Verhandlungen zum Anlass für weitere Verschärfungen (eher unwahrscheinlich).
- Frühestens in 2 Jahren mit dem Austritt kann UK Änderungen an der Umsetzung von EUTPD2 vornehmen. Zumindest ist in Großbritannien in den nächsten 2 Jahren keine Verschärfung der Regeln zu erwarten, die Impulse in der EU setzen können. Es gibt bereits [erste Vorstöße](#) der britischen Branche zur Rückabwicklung der EUTPD2. Auch die [Werbeindustrie](#) bemüht sich bereits um eine Trendwende bei der E-Zigarettenwerbung.
- Die EU-Arzneimittelbehörde wird mittelfristig ihren Sitz in Großbritannien räumen und auf dem Kontinent neu aufbauen. Dies kann [etwaige](#) Regulierungen/Zertifizierungen bzgl. der E-Zigarette als Medizinprodukt verzögern.
- Da britische Tabakkonzerne wie BAT und Imperial deutsche Tochterunternehmen nach deutschem Recht unterhalten, ist nicht mit einem Rückzug vom deutschen / europäischen Markt zu rechnen. Der Brexit wird als [händelbar](#) angesehen.

Die Briten erwägen ersten Informationen nach eine Initiative zur Abgabe von Stellungnahmen zu den (laufenden) [Notifizierungsverfahren](#) im Zuge der Umsetzung von EUTPD2 (zur dt. Notifizierung siehe Report 22). Sollte sich das Vorhaben erhärten und gar umgesetzt werden würde dies die Gesetzgebungsprozesse verzögern. Ob die Briten nur selbst Stellungnahmen im Verlauf der Notifizierungen abgeben wollen oder diese von allen EU-Staaten erreichen wollen ist zur Stunde unklar.

**Einordnung/Empfehlung:** Das Votum der Briten hat vielschichtige Gründe von der nationalen Identität, über Unzufriedenheit mit politischen Eliten bis hin zur Skepsis ggü. der EU-Regulierung, die auch ins Privatleben eingreift. **Die europäischen Regierungen und die EU-Kommission werden sich künftig wieder verstärkt an den Wünschen der Bürger nach effizienter und effektiver Verwaltung ausrichten (müssen)**, die weniger auf Regulie-

rungen setzt, welche seitens der Bürger als unangemessen empfunden wird ([Beispiel](#): 58% halten Bildwarnhinweise für nutzlos, haben aber z.B. nichts gegen [Tabaksteuererhöhungen und Rauchverbote](#)). **Ob sich diese Erkenntnis in Brüssel durchsetzt ist offen** – siehe [Junckers](#) Vorschlag zu CETA.

Ferner könnte der nun einsetzende EU-Reformprozess zu einer Stärkung des [Subsidiaritätsprinzips](#) führen, was Einzelstaatliche Lösungen befördert. Ferner war bereits von einer Vertiefung hin zu einer [Wirtschaftsregierung](#) die Rede. Ein Beitritt des E-Zigarettenfreundlichen Schottlands zu EU ist aktuell nur eine vage Option. Vielmehr könnte Schottland sein angekündigtes Austrittsreferendum zum Ausbau seines Einflusses bei den kommenden Verhandlungen nutzen oder eine faktische „EU-Mitgliedschaft light“ erwirken (Verbleib in UK, aber im Schengen-Raum). Genaue Prognosen lassen sich jedoch derzeit nicht vornehmen. Zumal sich **UK derzeit gespalten** zeigt: [Medizinerverbände](#) fordern ein **Dampfverbot** in der Öffentlichkeit, während einige Mediziner/[Gesundheitsexperten](#) und [Public Health England](#) kein Risiko beim Passivdampf sehen. Kritik kommt auch von der [E-Zigarettenindustrie](#).

Der Brexit kann **Auswirkungen auf den Kontinent** haben. Beispiel: Bei einer Lockerung der Regulierung in UK könnten Konsumenten Produkte von der Insel per Versandhandel beziehen, die a) wegen der schieren Menge schwierig zu kontrollieren ist und b) so eine Wettbewerbsverzerrung darstellen kann. Dass der **Internetversandhandel bereits innerhalb des EU-Raumes schwer zu kontrollieren** ist zeigt das Beispiel Kaffee: der Versand durch ebay von den Niederlanden nach Deutschland führte zur Unterwanderung der Kaffeesteuer und veranlasste den Zoll, zu versuchen über die Plattformen Kunden zu identifizieren. Wir empfehlen wir, die Politik frühzeitig auf mögliche Risiken von Wettbewerbsverzerrungen anzusprechen und dafür ersten Daten/Schätzungen zu erheben.

Sollte UK – und ggf. andere EU-Länder – tatsächlich eine Stellungnahme im Zuge der laufenden Notifizierungsverfahren abgeben, können Schwachstellen in den Entwürfen und Argumenten aufgedeckt und angesprochen werden. Zudem wird das Thema erneut politisiert, was neben einem Richtungswechsel auch zu einem Trend zu Mehrregulierung führen kann.

Währenddessen **erweitern wir unser Netzwerk in Brüssel**. Ersten Gesprächen zufolge ist die E-Zigarette noch nicht auf den Agenden der Ständigen Vertretungen der EU-Staaten, was sich aber rasch ändern kann. In der deutschen Ständigen Vertretung befasst sich das Gesundheitsreferat (Dr. Abt) derzeit noch nicht mit dem Issue; für Steuern ist Sebastian Walz zuständig. Ein Termin mit Thomas Carroll (Referatsleiter „Indirekte Steuern“, [DG TAXUD](#)) ist für die erste Julihälfte anvisiert, der Aufschlüsse über mögliche Anhörungen geben kann.

**Quelle:** [belfasttelegraph.co.uk](#) , [gizmodo.co.uk](#) , [ibvta.org.uk](#) , Hintergrundgespräche

### 2.5. Fachcommunity

**Datum:** 25.06.2016

**Meldung:** Der Athener E-Zigaretten-Experte Dr. Farsalinos hat eine weitere [Studie](#) zu E-Zigaretten publiziert. Diese half 6,1 Mio. Personen beim Tabakstopp und 9 Mio. Europäer konnten damit den Tabakkonsum einschränken. Etwa 35% der Dampfer nutzt die E-Zigarette zum Tabakstopp. Etwa 32% der Dampfer hilft die E-Zigarette, den Tabakkonsum zu reduzieren. Nur 2,3% der Dampfer hätten zuvor noch nie geraucht. Extrapoliert auf die europäische Gesamtbevölkerung würden nur etwa 1% der Personen, die zuvor noch nie Tabak konsumiert haben, E-Zigaretten nutzen. „These are probably the highest rates of smoking cessation and reduction ever observed in such a large population study“, so Farsalinos. „Practical-

ly, there is **no current or regular use of nicotine-containing electronic cigarettes by nonsmokers**“, so der Französische Gesundheitswissenschaftler Jacques Le Houezec (Co-Autor).

**Einordnung/Empfehlung:** Die Europa-Studie eignet sich weitläufigen Vorurteilen (s.u.) erneut entgegenzutreten und die Bedeutung der E-Zigarette als eine gangbare und wirksame Option zur Tabakreduzierung hervorzuheben – z.B. in einem eigenen Faktenpapier. Die Zahlen zu den Nichtrauchern zeigen, dass die E-Zigarette kaum nichtrauchende Menschen zum Nikotinkonsum bringt. Ähnliches berichtet eine [Umfrage](#) der US-Firma V2, allerdings mit deutlich kleinerer Datenbasis.

**Quellen:** [ecigarette-research.org](http://ecigarette-research.org) , [cspdailynews.com](http://cspdailynews.com) , [journalnow.com](http://journalnow.com)

**Datum:** 24.06.2016 , 22.06.2016 , 20.06.2016 , 17.06.2016

**Meldung:** Forscher des Centre for Substance Use Research in Glasgow widersprechen der Gateway Effekt-These. Sie stützen sich auf Interviews mit Heranwachsenden. Ihnen zufolge bewerten Jugendliche, egal ob Dampfer oder nicht, Tabak als riskanter. „There was **nothing to suggest that youngsters see vaping as a stepping stone to smoking** – quite the opposite.“, so Dr. Neil McKeganey. Sheila Duffy, Leiterin Action on Smoking and Health Scotland: „The evidence we have suggests that smoking a tobacco cigarette is more harmful, more expensive and more addictive than using an electronic cigarette.“

Auch [Prof. Marcus Munafò](#) (Universität Bristol, siehe Report 21) betont das geringere Risiko durch E-Zigaretten und verweist auf das Potenzial beim Tabakstopp. Er warnt vor einer übergebührenden Regulierung der E-Zigarette: „We must be **careful not to restrict smokers' access to e-cigarettes**, or over-state the potential harm of their use, if this will put people off making the transition from smoking to vaping. To do so would deny us one of the **greatest public health improving opportunities** of the last 50 years.“

Gleichzeitig verlautbart eine [Studie](#) der University of North Carolina, dass E-Zigaretten das Immunsystem der Atemwege beeinträchtigen. Jedoch seien die Langzeitwirkungen noch unbekannt, so die Autoren. [Ähnliche Negativauswirkungen](#) auf Zellen, identifizierten Wissenschaftler der Universität Kalifornien. Während die [kanadische Krebsgesellschaft](#) vor Schädigungen bei der Hirnentwicklung Heranwachsender und dem Gateway Effekt warnt – jedoch die E-Zigarette bei Erwachsenen zum Tabakstopp befürwortet.

**Einordnung/Empfehlung:** Die britischen Aussagen stehen dem zentralen Argument des Gesetzgebers entgegen. Daher empfehlen wir, die Ergebnisse Stakeholdern vorzustellen (z.B. Info-Mailing, Blog, Gespräche). Der Brexit verringert jedoch die Wirkkraft, während die Warnungen aus Nordamerika weitere Zweifel nähren können.

Die Debatte führt latent das Risiko mit sich, dass die E-Zigarette als reine Ersatztherapie wahrgenommen wird – und eine entsprechende Regulierung folgt. Aktuell: [Stiftung Waren-test](#) untersuchte die Wirkung der Präparate Chapix (Pfizer) und Zyban (Johnson&Johnson). Im Ergebnis wird dem Nikotinersatz durch Pflaster und Kaugummi der Vorzug gegeben. Die fehlende Erwähnung der E-Zigarette wurde sogleich in Leserkomentaren angesprochen.

**Quelle:** [eurekaalert.org](http://eurekaalert.org) , [scotsman.com](http://scotsman.com) , [medicalxpress.com](http://medicalxpress.com) , [financialexpress.com](http://financialexpress.com) , [theconversation.com](http://theconversation.com) , [bristolpost.co.uk](http://bristolpost.co.uk) , [dailymail.co.uk](http://dailymail.co.uk) , [mirror.co.uk](http://mirror.co.uk) , [news-medical.net](http://news-medical.net)

## **2.6. Nikotin-Gegner und NGOs**

**Datum:** 22.06.2016 , 21.06.2016

**Meldung:** Die WHO forderte im Kontext laufender Regulierungen auf den Philippinen die Beschränkung des E-Zigarettenverkaufs. E-Zigaretten helfen der WHO zufolge nicht beim Tabakstopp sondern bewirken das Gegenteil (Gateway Effekt), so WHO-Vertreter Gundo Weiler. Die WHO weist zudem auf Gesundheitsrisiken von Inhaltsstoffen und Dampf hin, behandelt die E-Zigarette aber quasi gar nicht im aktuellen [Asien-Report](#) zu Tabak.

**Einordnung/Empfehlung:** Die WHO bringt schrittweise die E-Zigarettenregulierung auf die Agenda (siehe Report 23). Gegner erhalten aktuell neue Impulse durch Meldungen, dass in [Australien](#) und [Nordamerika](#) Händler/Hersteller E-Zigaretten falsch labeln, [nichterwiesene Health Claims](#) nutzen und Risiken verschleiern sollen. Wir empfehlen die frühzeitige Ansprache von Stakeholdern, die mit internationaler Gesundheitspolitik befasst sind (Abgeordnete, Ministerialverwaltung). Frühzeitige Netzwerkbildung und Information von Entscheidern/Entscheidungsvorbereitern verbessert die Möglichkeiten, die Positionsbildung Deutschlands im Rahmen der WHO mitzugestalten.

**Quelle:** [philstar.com](#) , [sunstar.com](#) , [dailymail.co.uk](#) , [kfyrtv.com](#) , [tobaccojournal.com](#)

## **2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb**

**Datum:** 01.07.2016

**Meldung:** Maximilian van Ackeren, bis dato Büroleiter von David McAllister (MdEP, noch Vorsitzender der CDU Niedersachsen), beginnt zum Juli seine Arbeit als Referent für Landes- und Europapolitik beim Verband der deutschen Rauchtobakindustrie.

**Einordnung/Empfehlung:** Mit der Personalie stärkt der Verband seine Expertise Richtung Brüssel und der föderalen Ebene. Dies kann auch als Betonung der Eigenständigkeit ggü. dem DZV gewertet werden, dessen Aktivitäten in der Vergangenheit vom VdR skeptisch bewertet wurden. Aufgrund seiner vorherigen Funktion ist van Ackeren insbesondere in der Nord-CDU sowie der Jungen Union gut vernetzt. Aufgrund der Arbeitsteilung im DZV dürfte er vor allem in der Vergangenheit mit Reemtsma im Austausch gestanden haben. Niedersachsen gilt als „Reemtsma-Land“. Zudem ist Reemtsma treibende Kraft im VdR.

**Quelle:** Hintergrundgespräch

**Datum:** 28.06.2016 , 27.06.2016

**Meldung:** PMI startete den Verkauf von IQOS in zwei Shops in Berlin und München. Damit wird IQOS nach Italien, Japan und der Schweiz in einem weiteren Markt eingeführt. IQOS wurde im Vorlauf in den Medien thematisiert (siehe Report 23) und als risikoärmere Alternative beschrieben. Einschränkung kommt vom DKFZ: „Das Produkt ist gesundheitlich bedenklich, auch wenn es weniger schädlich als Zigarettenrauch ist“, so Martina Pötschke-Langer

**Einordnung/Empfehlung:** IQOS ist für PMI Absicherung und Zukunftsgeschäft in einem. Das Produkt hilft zusammen mit den angebotenen E-Zigaretten Verluste im Tabakgeschäft auszugleichen. Der Preis von 6 Euro für 20 Nachfüllsticks entspricht dem Zigarettenpreis, was Verbraucher beim Wechsel unterstützt.

PMI hat aber in den letzten 10 Jahren etwa 3,2 Mrd. Euro in risikoreduzierte Produkte investiert, dass ein Negativgeschäft keine Gangbare Option darstellen dürfte. Da wichtige Zukunftsmärkte wie [China](#) gerade abgeschirmt werden und die Tabakwirtschaft weltweit unter einem Abschwung leidet, erlangen neue Produktfamilien zusätzliche Bedeutung. Es ist damit zu rechnen, dass PMI weitere Schritte unternimmt, um mittels Regulierung dem Wettbewerb zu schaden. Eine Option zur Abmilderung möglicher neuer Regulierungen kann die Einführung von Liquids mit [synthetischem Nikotin](#) sein, wie man es gerade in den USA versucht.

**Quelle:** [morgenpost.de](#) , [wuv.de](#)

**Datum:** 28.06.2016 , 21.06.2016 , Mai 2016

**Meldung:** Der DZV protestiert erneut gegen die Umsetzung der EUTPD2. Dieses Mal bemängelt er Unzulänglichkeiten im zentralen Meldesystem EU-CEG, um Auflagen nach EUTPD2 zu erfüllen. Daher könnten Tabakunternehmen nicht rechtssicher arbeiten.

Einige Tabakunternehmen reagieren auch mit neuen Produktfamilien auf EUTPD2: von Eicken bietet seit etwa einem Monat sogenannte Flavor Strips an. Diese geben Aromen an Lebensmittel (z.B. Müsli) aber auch Tabak (z.B. Drehtabak) ab. Von Eicken umgeht damit das Verbot von aromatisierten Tabaken, da es sich nicht um ein Tabakprodukt im engeren Sinne handelt. Geschmacksrichtungen sind u.a. Menthol, Melone und Erdbeere.

**Einordnung/Empfehlung:** Ob der Protest des DZV fruchtet bleibt fraglich. Klarer ist: Die aktuell anklagende Kommunikation des Verbands birgt auch Risiken für die E-Zigarette. Da der DZV sich bereits als Fürsprecher der E-Zigarette darstellt, können Negativimage und Skepsis bei Stakeholdern mehr und mehr auf die Branche abfärben.

Mit derlei neuen Produkten schafft sich die Tabakbranche eine (Not-)Lösung. Die Vorgehensweise ähnelt der Option für Dampf, die sich Liquids selbst mischen. Da mit dieser Methode die Regulierung umgangen werden kann – ggf. mit dem, Nebeneffekt einer höheren Gesundheitsgefährdung der Konsumenten – kann dies den Gesetzgeber zu weiteren Regulierungsschritten animieren. Mit weiteren Effekten für die E-Zigarette.

**Quelle:** [tabakspezialist.de](#) , [zigarettenverband.de](#)

**Datum:** 28.06.2016, 21.06.2016, 19.06.2016, 18.06.2016

**Meldung:** Der DZV moniert auch das rückwirkende Inkrafttreten der 2. Änderung zur TabakerzV zum 20.05.2015 (siehe Report 23, 22). Der Verband argumentiert mit einem Schaden im dreistelligen Millionenbereich bis zu einer Milliarde Euro. Die Vorsitzende des Verbraucherausschusses Renate Künast (MdB, Bündnis 90/Die Grünen) kritisiert diese Vorgehensweise und verweist auf die lange Vorbereitungszeit. Ihr zentrales Argument: Jugendschutz. SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach (MdB) pflichtet ihr bei.

Derweil äußert DZV-Geschäftsführer Jan Mücke in einem Portrait in der FAZ er mache in seinem Engagement für den mündigen Verbraucher „mehr und mehr Verbündete aus“ – ohne Namen zu nennen. Die Branche sei zur Änderung der Rezepturen bereit, wenn der Gesetzgeber wissenschaftliche Belege zur Karzinogenität von Inhaltsstoffen vorlege.

**Einordnung/Empfehlung:** In Anbetracht der DZV-Argumentation auf finanzielle Ausfälle, empfehlen wir ebenfalls die finanziellen Negativwirkungen der rückwirkenden Regelung zu



erheben und in Gesprächen zu kommunizieren und dabei die Risiken für die kleinstmittelständisch geprägte Branche hervorzuheben.

Mückes Angebot birgt Risiken: a) da er keinen Referenzpunkt angibt, bleibt dem Gesetzgeber die letztendliche Bewertung. Anhand eines konservativ angesetzten Vorsorgeprinzips kann der Regulierer weitere Verbote ansetzen. b) Der Gesetzgeber kann weitere Regelungen zu Tabak ein zu eins auf die E-Zigarette übertragen.

**Quelle:** [tagesspiegel.de](http://tagesspiegel.de) , [mdr.de](http://mdr.de) , [bild.de](http://bild.de)

**Datum:** 24.06.2016

**Meldung:** Bei der einstweiligen Zurückweisung des neuen Tabakgesetzes in der Schweiz durch das Parlament (siehe Report 23) hat die Arbeit der Lobbygruppe „Allianz der Wirtschaft für eine maßvolle Präventionspolitik“ (AWMP) einen erheblichen Anteil. Mitglieder sind u.a. die Tabak- und Alkoholwirtschaft, Hotellerie und Gaststätten, Glücksspiel-, Einzelhandel- und Werbeverbände aber auch die Obstwirtschaft, Solarien und Bäcker.

**Einordnung/Empfehlung:** Bereits in der Vergangenheit gab es erste Sondierungsgespräche einzelner Tabakfirmen mit Alkoholherstellern. Seitens international agierender Hersteller war man damals zurückhaltend. Gründe: Scheu vor dem Negativimage von Tabak und Vorgaben der internationalen Konzernmutterhäuser.

Aufgrund der sich zuspitzenden Regulierungslage stellt die Initiierung von Sondierungsgesprächen mit anderen Branchen eine gangbare Option dar. Beispiel: Zucker, Fette, Alkohol, Softdrinks, Sportwetten-, Werbe- und Zeitschriftenbranche aber auch Handelsketten wie z.B. die [Dr. Eckert Gruppe](#) (in Barbarino-Geschäften sind wie auch an Tankstellen zumindest Einweg-E-Zigaretten erhältlich) sind bzw. werden künftig ähnlich von Präventionsgesetzen betroffen sein. Jedoch kann die von außen wahrgenommene Nähe zu Tabak ein konkretes Hindernis sein. Ziel wäre der Ausbau bestehender Kontakte hin zu einem regelmäßigen informellen Austausch und etwaige gegenseitige Unterstützung (z.B. Hinweise, Netzwerke). Die Bildung einer Kooperation nach Schweizer Vorbild erscheint derzeit wenig aussichtsreich. Betroffenheit: Der Brexit bedeutet für einige Branchen den Wegfall einer austarierenden Stimme bzgl. Produktregulierung bei gleichzeitiger Erhöhung des Regulierungsdrucks.

**Quelle:** [awmp.ch](http://awmp.ch) , [beobachter.ch](http://beobachter.ch) , [lokalinfo.ch](http://lokalinfo.ch)

### 3. Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
04.07.2016	Innovations-Kongress MIT:FUTURA:2016	Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU	Berlin	<a href="http://mit-bund.de">mit-bund.de</a>
05.07.2016	Sommerempfang	BMFSFJ	Berlin	<a href="http://bmfsfj.de">bmfsfj.de</a>
07.07.2016	Sommerfest	Junge Liberale	Berlin	<a href="http://politcal.de">politcal.de</a>
12.07.2016	Sommerfest Gesund- heitsstadt Berlin	Gesundheitsstadt Ber- lin	Berlin	<a href="http://gesundheitsstadt-berlin.de">gesundheitsstadt-berlin.de</a>
21.07.2016	Sommerempfang	British Chamber of Commerce in Germa- ny	Berlin	<a href="http://bccg.de">bccg.de</a>

**Hinweis:** Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.